

Geschäftsverzeichnissnr. 7026

Entscheid Nr. 170/2019  
vom 7. November 2019

ENTSCHEIDSAUSZUG

---

*In Sachen:* Vorabentscheidungsfrage in Bezug auf Artikel 25 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 6. Juni 1994 « zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens », gestellt vom Staatsrat.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten F. Daoût und A. Alen, und den Richtern L. Lavrysen, J.-P. Moerman, J. Moerman und M. Pâques, und dem emeritierten Richter E. Derycke gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten F. Daoût,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

\*

\* \*

### I. *Gegenstand der Vorabentscheidungsfrage und Verfahren*

In seinem Entscheid Nr. 242.632 vom 12. Oktober 2018, dessen Ausfertigung am 19. Oktober 2018 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat der Staatsrat folgende Vorabentscheidungsfrage gestellt:

« Verstößt Artikel 25 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Dekrets vom 6. Juni 1994 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens insofern, als er vorsieht, dass das Gutachten der Widerspruchskammer für den Organisationsträger bindend ist, wenn es sich um die Entlassung einer prioritären zeitweiligen Lehrkraft im Sinne von Artikel 24 § 1 desselben Dekrets handelt, gegen die Artikel 10, 11 und 24 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Artikeln 41 und 162 der Verfassung sowie mit Artikel 6 § 1 VIII Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, wobei er einem Organisationsträger des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens einen unangemessenen und übermäßigen Zwang auferlegen würde, indem er ihn dazu verpflichtet, seine Entscheidung zur Entlassung einer prioritären zeitweiligen Lehrkraft zu widerrufen, während die Organisationsträger der anderen Unterrichtsnetze nicht einem solchen zwingenden Gutachten unterliegen und beispielsweise im Falle einer einer endgültig ernannten Lehrkraft auferlegten Disziplinarstrafe das Gutachten der Widerspruchskammer gemäß den Artikeln 64 ff. desselben Dekrets zur Seite geschoben werden kann? ».

(...)

### III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Die Vorabentscheidungsfrage bezieht sich auf Artikel 25 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Dekrets der Französischen Gemeinschaft vom 6. Juni 1994 « zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens » (nachstehend: Dekret vom 6. Juni 1994), der bestimmt:

« Le pouvoir organisateur peut licencier un membre du personnel désigné à titre temporaire aux conditions suivantes :

1° Le membre du personnel non prioritaire peut être licencié moyennant préavis d'une durée de quinze jours.

Ce licenciement est motivé, sous peine de nullité.

Préalablement à la notification de tout licenciement, le membre du personnel doit avoir été invité à se faire entendre par le pouvoir organisateur. La convocation à l'audition ainsi que

les motifs en raison desquels le pouvoir organisateur envisage de licencier le membre du personnel doivent lui être notifiés cinq jours ouvrables au moins avant l'audition, soit par lettre recommandée à la poste avec accusé de réception, soit par la remise d'une lettre de la main à la main avec accusé de réception. Lors de l'audition, le membre du personnel peut se faire assister ou représenter par un avocat, par un défenseur choisi parmi les membres du personnel en activité de service ou pensionnés de l'enseignement officiel subventionné ou par un représentant d'une organisation syndicale représentative. La procédure se poursuit valablement lorsque le membre du personnel dûment convoqué ne se présente pas à l'audition ou n'y est pas représenté.

Le membre du personnel temporaire mis en préavis, peut dans les dix jours de la notification du préavis, introduire un recours contre la décision de licenciement auprès de la Chambre de recours compétente.

Cette instance transmet un avis au pouvoir organisateur dans un délai maximum de 45 jours à partir de la date de réception du recours.

La décision est prise par le pouvoir organisateur dans les trente jours de la réception de l'avis de la Chambre de recours.

Le recours n'est pas suspensif.

2° S'il est temporaire prioritaire au sens de l'article 24, § 1er, la même procédure que celle prévue au 1° est appliquée, mais l'avis de la Chambre de recours lie le pouvoir organisateur.

Dans le cadre d'un recours introduit à l'encontre d'une décision de licenciement, tous les éléments doivent être pris en considération par la Chambre de recours, en ce compris, le cas échéant, le rapport d'inspection portant sur les compétences professionnelles et pédagogiques ayant conduit à la procédure de licenciement. La durée de validité de ce rapport est limitée à un délai de douze mois prenant cours à la date de son établissement. Toutefois, lorsque la procédure de licenciement est entamée sur la base de celui-ci, dans ce délai, le rapport demeure valable jusqu'à la date à laquelle la décision définitive de licenciement est notifiée au membre du personnel ».

B.2. Der Gerichtshof wird befragt zur Vereinbarkeit der fraglichen Bestimmung mit den Artikeln 10, 11 und 24 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Artikeln 41 und 162 der Verfassung sowie mit Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen.

Der Staatsrat bittet den Gerichtshof, Artikel 25 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Dekrets vom 6. Juni 1994 zu prüfen, insoweit er einem Organisationsträger des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens einen unangemessenen und übermäßigen Zwang auferlegen würde, indem er ihn dazu verpflichtet, seine Entscheidung zur Entlassung einer prioritären zeitweiligen Lehrkraft zu widerrufen, während die Organisationsträger der anderen Unterrichtsnetze nicht

einem solchen zwingenden Gutachten unterliegen und beispielsweise im Falle einer einer endgültig ernannten Lehrkraft auferlegten Disziplinarstrafe das Gutachten der Widerspruchskammer zur Seite geschoben werden kann.

B.3.1. In Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 wird präzisiert, dass die Gemeinderäte alles regeln, was von kommunalem Interesse ist. Artikel 41 Absatz 1 der Verfassung bestimmt, dass die ausschließlich kommunalen Belange von den Gemeinderäten geregelt werden. Schließlich bestimmt der ebenfalls in der Vorabentscheidungsfrage erwähnte Artikel 162 Absatz 2 Nr. 2 der Verfassung, dass das « Gesetz » die Zuständigkeit der Gemeinderäte für alles, was von kommunalem Interesse ist, gewährleistet.

Diese Bestimmungen gewährleisten die Zuständigkeit der Gemeinden für alles, was von kommunalem Interesse ist. Sie bestätigen den Grundsatz der lokalen Autonomie, der voraussetzt, dass die lokalen Behörden sich mit jeder Angelegenheit befassen können, die ihres Erachtens zu ihrem Interesse gehört, und sie so regeln können, wie sie es als zweckmäßig erachten.

B.3.2. Außerdem verpflichtet Artikel 24 § 4 der Verfassung den Gemeinschaftsgesetzgeber im Bereich des Unterrichtswesens, die jedem Organisationsträger eigenen Merkmale zu berücksichtigen, die unter anderem eine angepasste Behandlung der Personalmitglieder rechtfertigen. Der Grundsatz der lokalen Autonomie ist ein besonderes Merkmal der Organisationsträger des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens und muss als solcher berücksichtigt werden.

B.3.3. Aus dem Vorstehenden geht hervor, dass die Französische Gemeinschaft, wenn sie die Bedingungen für die Entlassung aus einer Stelle im kommunalen Unterrichtswesen regelt, zur Einhaltung des Grundsatzes der kommunalen Autonomie verpflichtet ist.

Im Übrigen könnte der Gemeinschaftsgesetzgeber ebenfalls keine Bestimmung annehmen, die die zuständige Gemeindebehörde bei der Ernennung in eine Unterrichtsstelle daran hindern würde, den Grundsatz des gleichen Zugangs zu öffentlichen Ämtern, der durch Artikel 10 der Verfassung gewährleistet wird, einzuhalten.

B.3.4. Der Grundsatz der lokalen Autonomie setzt voraus, dass die lokalen Behörden sich mit jeder Angelegenheit befassen können, die ihres Erachtens zu ihren Interessen gehört, und sie so regeln können, wie sie es für zweckmäßig halten. Dieser Grundsatz beeinträchtigt jedoch nicht die Verpflichtung der Gemeinden, die Hierarchie der Normen zu beachten, wenn sie auf der Grundlage des kommunalen Interesses handeln. Daraus ergibt sich, dass die Gemeinden dann, wenn die Föderalbehörde, eine Gemeinschaft oder eine Region eine zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörende Angelegenheit regeln, dieser Regelung bei der Ausübung ihrer Befugnisse in derselben Angelegenheit unterliegen. Wenn die Französische Gemeinschaft im vorliegenden Fall eine Regelung bezüglich des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens annimmt, schränkt sie dadurch die Autonomie der als Organisationsträger auftretenden Gemeinden ein.

Die Verletzung der Zuständigkeit der Gemeinden und folglich des Grundsatzes der lokalen Autonomie durch gleich welches Eingreifen, sei es positiv oder negativ, der Föderalbehörde, der Gemeinschaften oder der Regionen in einer Angelegenheit, die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehört, würde also nur dann im Widerspruch zu den in der Vorabentscheidungsfrage erwähnten Bestimmungen stehen, die die Zuständigkeit der Gemeinden für alles, was von kommunalem Interesse ist, gewährleisten, wenn sie offensichtlich unverhältnismäßig wäre.

B.4. Das auf die prioritären zeitweiligen Personalmitglieder im Unterricht der Französischen Gemeinschaft und im subventionierten freien Unterricht anwendbare Entlassungsverfahren, hinsichtlich dessen das Personal des subventionierten offiziellen Unterrichts unterschiedlich behandelt wird, ist festgelegt durch den königlichen Erlaß vom 22. März 1969 bzw. durch das Dekret vom 1. Februar 1993.

In Bezug auf den offiziellen Unterricht der Französischen Gemeinschaft bestimmen die Artikel 42 und 43 des königlichen Erlasses vom 22. März 1969 « zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittelschulunterricht, technischen, Fortbildungs- und Kunstunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes »:

« Art. 42. Ein prioritäres zeitweiliges Personalmitglied kann auf den begründeten Vorschlag des Schulleiters oder des zuständigen Inspektors hin entlassen werden. Dieser Vorschlag wird dem prioritären zeitweiligen Personalmitglied dann vorgelegt, wenn er abgefaßt wird. Das prioritäre zeitweilige Personalmitglied versieht diesen Vorschlag mit einem Sichtvermerk, datiert ihn und gibt ihn innerhalb von zehn Tagen wieder zurück.

Art. 43. Das prioritäre zeitweilige Personalmitglied, gegen das ein begründeter Entlassungsvorschlag abgefaßt wird, kann innerhalb von zehn Tagen eine Beschwerde beim Schulleiter einreichen, der ihm am selben Tag den Empfang dieser Beschwerde bestätigt.

Der Schulleiter übermittelt die Beschwerde am Empfangstag dem Minister. Dies geschieht durch Vermittlung des zuständigen Inspektors, wenn dieser den Entlassungsvorschlag aufgesetzt hat. Sobald der Minister die Beschwerde erhalten hat, leitet er sie an die Einspruchskammer weiter. Diese Kammer gibt dem Minister innerhalb von höchstens zwei Monaten nach Empfang der Beschwerde ein Gutachten ab.

Das Personalmitglied wird auf eigenen Antrag hin von der Einspruchskammer angehört. Es kann den Beistand eines Anwalts, eines Verteidigers aus den Reihen der im aktiven Dienst stehenden oder pensionierten Personalmitglieder des Unterrichts der Französischen Gemeinschaft oder eines Vertreters einer zugelassenen Gewerkschaftsorganisation in Anspruch nehmen.

Das Nichterscheinen des Personalmitglieds oder seines Vertreters hindert die Einspruchskammer nicht daran zu befinden.

Der Minister trifft eine Entscheidung innerhalb eines Monats nach Erhalt des Gutachtens. Wenn innerhalb dieser Frist keine ministerielle Entscheidung vorliegt, dann gilt das Gutachten der Einspruchskammer als Entscheidung.

Für das prioritäre zeitweilige Personalmitglied, das entlassen wird, wird eine Kündigungsfrist von drei Monaten eingehalten ».

Artikel 71*septies* des Dekrets vom 1. Februar 1993 « zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des subventionierten Personals des subventionierten freien Unterrichtswesens », zuletzt abgeändert durch das Dekret 8. März 2007, bestimmt:

« § 1er. Sauf s'il est engagé par le pouvoir organisateur sur base de son classement dans le groupe 1 visé à l'article 34, § 1er, alinéa 2, 1°, au sein de ce pouvoir organisateur, le membre du personnel peut être licencié moyennant un préavis motivé de quinze jours. Le membre du personnel est préalablement invité à se faire entendre. La convocation à l'audition ainsi que les motifs en raison desquels le pouvoir organisateur envisage de licencier le membre du personnel doivent lui être notifiés cinq jours ouvrables au moins avant l'audition, soit par lettre recommandée avec accusé de réception, soit par la réception d'une lettre de la main à la main avec accusé de réception. Lors de son audition, le membre du personnel peut se faire assister ou représenter par un avocat, par un défenseur choisi parmi les membres du personnel en activité de service ou pensionnés de l'enseignement libre subventionné ou par un représentant d'une organisation syndicale représentative. La procédure se poursuit

valablement lorsque le membre du personnel dûment convoqué ne se présente pas à audition ou n'y est pas représenté.

S'il est engagé dans un emploi temporairement vacant par le pouvoir organisateur sur base de son classement dans le groupe 1 visé à l'article 34, § 1er, alinéa 2, 1<sup>o</sup>, au sein de ce pouvoir organisateur, le membre du personnel peut être licencié par ce pouvoir organisateur moyennant un préavis de quinze jours, pour autant que la Chambre de recours compétente ait préalablement donné un avis motivé.

S'il est engagé dans un emploi définitivement vacant par le pouvoir organisateur sur base de son classement dans le groupe 1 visé à l'article 34, § 1er, alinéa 2, 1<sup>o</sup>, au sein de ce pouvoir organisateur, le membre du personnel peut être licencié moyennant un préavis de trois mois, pour autant que la Chambre de recours compétente ait préalablement donné un avis motivé.

§ 2. Dans les cas visés au § 1er, alinéas 2 et 3, le pouvoir organisateur notifie immédiatement au membre du personnel, par lettre recommandée, copie de la demande d'avis à la Chambre de recours.

La Chambre de recours transmet son avis motivé au pouvoir organisateur dans un délai de quarante-cinq jours à partir de la date de la réception de la demande qui lui est faite par le pouvoir organisateur.

Le pouvoir organisateur mentionne, le cas échéant, les raisons pour lesquelles l'avis n'aurait pas été suivi.

§ 3. Le membre du personnel et le pouvoir organisateur sont entendus par la Chambre de recours.

Le membre du personnel peut se faire assister ou représenter par un représentant d'une organisation syndicale représentative, par un avocat ou par un défenseur choisi parmi les membres du personnel en activité de service ou pensionnés de l'enseignement libre subventionné.

Le pouvoir organisateur peut se faire assister ou représenter par un avocat, un défenseur choisi parmi les membres d'un pouvoir organisateur d'un établissement de même caractère ou par un délégué d'une association qui défend les intérêts des pouvoirs organisateurs.

La non-comparution du membre du personnel ou de son représentant, ainsi que la non-comparution du pouvoir organisateur ou de son représentant à la réunion n'empêche pas la Chambre de recours de se prononcer.

§ 4. S'il s'agit d'un professeur ou d'un maître de religion, l'accord de l'autorité compétente du culte est toujours requis.

§ 5. Dans le cadre d'un recours introduit à l'encontre d'une décision de licenciement, tous les éléments doivent être pris en considération par la Chambre de recours, en ce compris, le cas échéant, le rapport d'inspection portant sur les compétences professionnelles et pédagogiques ayant conduit à la procédure de licenciement. La durée de validité de ce rapport est limitée à un délai de douze mois prenant cours à la date de son établissement. Toutefois, lorsque la procédure de licenciement est entamée sur la base de celui-ci, dans ce délai, le

rapport demeure valable jusqu'à la date à laquelle la décision définitive de licenciement est notifiée au membre du personnel ».

B.5.1. Die fragliche Bestimmung bezweckt lediglich, die Rechte von zeitweilig eingestellten prioritären Lehrkräften zu wahren. Diese Personen können berechtigterweise erwarten, dass sie nach einer zeitweiligen Anstellung endgültig ernannt werden können.

B.5.2. Zu diesem Zweck fällt im subventionierten offiziellen Unterricht die Entscheidung zur Entlassung einer prioritären zeitweiligen Lehrkraft, je nach dem Fall, unter die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Provinzialrats, der meistens auf den Vorschlag des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums bzw. des Provinzialkollegiums hin befindet; daraus folgt, dass, neben der eventuellen Intervention eines Mitglieds der Schulinspektion, die Entscheidung zur Entlassung einer zeitweiligen Lehrkraft notwendigerweise im subventionierten offiziellen Unterricht – im Gegensatz zu den beiden anderen Unterrichtsnetzen – eine Entscheidung ist, die durch ein gewähltes Organ getroffen wird.

Außerdem unterliegt die Entlassung durch eine Gemeinde- oder Provinzialbehörde der Kontrolle durch die aufsichtsführenden Behörden, einer Kontrolle, die sich nicht nur auf die Gesetzlichkeit der Entlassung bezieht, sondern auch auf ihre Vereinbarkeit mit dem Allgemeinwohl. Den Lehrkräften in den beiden anderen Unterrichtsnetzen steht dieser zusätzliche Schutz, der noch zu den eventuellen gerichtlichen Klagen hinzukommt, nicht zu.

Schließlich ist, wie schon erwähnt, im Gegensatz zu den beiden anderen Unterrichtsnetzen, je nach dem Fall der Provinzialorganisationsträger oder der Gemeindeorganisationsträger verpflichtet, sich nach dem Gutachten der Einspruchskammer zu richten; wenn dieses Gutachten sich gegen die Entlassung ausspricht, dann ist der Organisationsträger verpflichtet, seine Entlassungsentscheidung rückgängig zu machen.

B.5.3. Die fragliche Bestimmung bewirkt also nicht, dass der Gemeinderat daran gehindert wird, grundsätzlich die Entlassung einer prioritären zeitweiligen Lehrkraft vorzunehmen, insbesondere wenn das Gutachten der Widerspruchskammer nicht beantragt wurde oder in diesem der Lehrkraft, die es beantragt hat, nicht recht gegeben wird. Selbst wenn sich wie im vorliegenden Fall dieses Gutachten gegen die Entlassung ausspricht und den Gemeinderat zwingt, die prioritäre Lehrkraft wieder einzusetzen, hat der Rat im Übrigen

weiterhin die Möglichkeit, einer endgültig ernannten Lehrkraft nach den Artikeln 64 ff. des Dekrets vom 6. Juni 1994 eine Disziplinarstrafe aufzuerlegen, ohne dabei verpflichtet zu sein, sich nach dem Gutachten der Widerspruchskammer zu richten, sofern in der Entscheidung begründet wird, warum er gegebenenfalls von diesem Gutachten abweicht.

B.6. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass Artikel 25 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Dekrets vom 6. Juni 1994 nicht auf unverhältnismäßige Weise gegen den Grundsatz der kommunalen Autonomie, der durch die Artikel 41 Absatz 1 und 162 Absatz 2 der Verfassung und durch Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen gewährleistet wird, verstößt und dass er nicht unvereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung ist.

B.7. Die Vorabentscheidungsfrage ist verneinend zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

Artikel 25 § 1 Absatz 1 Nr. 2 des Dekrets vom 6. Juni 1994 « zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des subventionierten offiziellen Unterrichtswesens » verstößt insofern, als er vorsieht, dass das Gutachten der Widerspruchskammer für den Organisationsträger bindend ist, wenn es sich um die Entlassung einer prioritären zeitweiligen Lehrkraft im Sinne von Artikel 24 § 1 desselben Dekrets handelt, weder gegen die Artikel 10, 11, 24, 41 und 162 der Verfassung, noch gegen Artikel 6 § 1 VIII Absatz 1 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 7. November 2019.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) F. Daoût